

anpacken



neu denken



konsequent handeln



Es gilt das geschriebene und gesprochene Wort

Anrede,

heute ist **Freitag, der 13**. Für manche ein Unglückstag, für andere ein Tag wie jeder andere. Und als wäre das nicht schon Herausforderung genug, ist heute auch noch **Weltnettigkeitstag**.

Da stellt sich natürlich die Frage: Wie bringt man beides zusammen?

Ganz einfach: Wir lassen den Aberglauben beiseite und halten es mit einem einfachen Grundsatz: respektvoll im Umgang, klar in der Sache.

Dabei muss uns allen klar sein: **Freundlichkeit kostet nichts. Schönrechnerei und fehlende Konsequenz dagegen schon.**

Die finanzielle Lage unseres Landkreises verlangt Klarheit. Und sie verlangt Entscheidungen.

Herr Landrat, Sie haben bei der Einbringung des Haushalts gesagt: „Diese Dimensionen sind bitter."

Das trifft es. Die finanzielle Lage unseres Landkreises ist höchst dramatisch. Die Verschuldung ist weit über dem Landesdurchschnitt, der Landkreis ist Spitzenreiter im Ländle, die Rücklagen sind aufgebraucht, die Ausgaben steigen. Und die vorgeschlagene Erhöhung der Kreisumlage auf 42,9 Prozent macht deutlich, wie massiv der finanzielle Druck auch auf unsere Städte und Gemeinden durchschlägt.

Diese Lage lässt sich weder schönreden noch mit einem einzigen Sparbeschluss lösen – und schon gar nicht mit der Hoffnung auf bessere Zeiten in die Zukunft verschieben. Denn die finanzielle Situation des Landkreises wird sich weiter zuspitzen.

Wir brauchen Unterstützung von Bund und Land. Aber wir müssen auch selbst handeln.

Für die CDU-Fraktion lautet die entscheidende Frage:

Wie sichern wir die Leistungsfähigkeit unseres Landkreises, ohne unsere Städte und Gemeinden finanziell zu überfordern?

Unsere Antwort ist: mit klaren Prioritäten, wirtschaftlicheren Strukturen und dem Mut, notwendige Veränderungen tatsächlich umzusetzen.

Die CDU geht mit der **klaren Zielsetzung** in die Haushaltsplanberatungen:

Probleme anpacken, Haushalt neu denken und konsequent handeln.

Handlungsfähigkeit ist für uns der Maßstab dieses Haushalts.

Kreis und Gemeinden gehören zusammen.

Kreispolitik ist mehr als Kreisumlage

Zunächst danke ich Ihnen, Herr Landrat, Ihnen, Herr Kreiskämmerer, und allen Beteiligten in der Verwaltung für die Arbeit am Haushaltsentwurf.

Sie haben uns einen ehrlichen Haushalt vorgelegt, die dramatische finanzielle Lage transparent dargestellt und nichts beschönigt. Durch restriktive Vorgaben und Kürzungen konnte die ursprüngliche Deckungslücke von 46 Millionen Euro auf rund 35 Millionen Euro verringert werden. Das verdient Anerkennung. Es zeigt aber auch, wie groß die verbleibende Aufgabe ist.

Jetzt sind wir als Kreistag gefordert.

Die öffentliche Wahrnehmung und die politische Debatte konzentrieren sich in diesem Jahr auf die Kreisumlage, was bei der vorgeschlagenen Höhe von 42,9 mehr als verständlich ist.

Doch es geht um weit mehr! Es geht um **mehr als 255.000 Menschen**. Es geht um die Aufgaben und Leistungen, die der Landkreis für die Menschen erbringt. Es geht darum, was unseren Landkreis lebenswert macht, was ihn heute stark hält und was ihn morgen leistungsfähig macht.

Die Kreisumlage stellt uns vor eine Zerreißprobe: Einerseits sichert sie die Aufgaben, die der Landkreis für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort übernimmt. Gleichzeitig schmälert jeder zusätzliche Umlage-Euro den finanziellen Spielraum unserer Städte und Gemeinden. Unser Maßstab muss daher eine strikte Wirtschaftlichkeit sein und welche Belastung die kommunale Familie insgesamt tragen kann.

Im vergangenen Jahr wurden wir mit massiven Vorwürfen überzogen, weil wir umfangreiche Konsolidierungsmaßnahmen beschlossen haben, um die Kreisumlage stabil zu halten. In diesem Jahr werden wir wegen der vorgeschlagenen Höhe der Kreisumlage heftig kritisiert.

Egal, welchen Weg wir einschlagen – die Kritik ist sicher.

Doch Kritik allein bringt uns nicht weiter. Und die mangelnde Bereitschaft, notwendige Veränderungen mitzutragen, ist leider nicht nur ein Problem im Landkreis Göppingen.

Die entscheidende Frage lautet: **Gibt es eine Alternative zu konsequenter Konsolidierung und strukturellen Veränderungen?**

Unsere Antwort ist eindeutig: Nein.

Konsolidierung ohne spürbare Einschnitte ist eine Illusion. Konsolidieren ist nicht nett. Aber es führt kein Weg daran vorbei.

Gerade an dieser Stelle lohnt sich ein Blick auf die finanzpolitischen Positionen und Expertisen der SPD-Fraktion.

Im vergangenen Jahr wurde der Haushalt mit wohlklingenden Etiketten wie „Interimshaushalt“ oder „Übergangshaushalt“ versehen. Das klang, als ließe sich ein strukturelles Finanzproblem durch eine Art finanzpolitische Warteschleife lösen. Als müsste man nur ein Jahr überbrücken, dann würde sich die Lage schon wieder entspannen.

Aber ein Haushaltsproblem verschwindet nicht, nur weil man ihm einen vorläufigen Namen gibt. Und eine nette Überschrift ersetzt keine Finanzierung.

Ein Jahr später ist die Lage plötzlich dramatisch. Immerhin: Diese Erkenntnis ist inzwischen auch bei der SPD angekommen. Nur bei der entscheidenden Frage bleibt es erstaunlich still: Was folgt daraus? Wo sind die konkreten Vorschläge? Welche Leistungen, Standards oder Strukturen sollen verändert werden?

Bemerkenswert ist die Form der finanzpolitischen Arbeitsteilung:

Die Verwaltung soll rechnen, andere sollen handeln und sparen – und die SPD übernimmt die Rolle des kritischen Kommentators.

So funktioniert Haushaltskonsolidierung nicht.

Wir brauchen Haushaltsklarheit statt schön formulierter Hoffnungsrechnungen.

Denn mit netten Worten allein lässt sich ein Haushalt weder konsolidieren noch sanieren.

Der Weg der CDU: Anpacken. Neu denken. Konsequenter handeln.

Lassen Sie mich noch einmal auf die Kreisumlage zurückkommen. Denn sie ist mehr als nur eine Zahl im Haushaltsplan. Sie ist ein Gradmesser für die finanzielle Handlungs- und Leistungsfähigkeit. Und sie zeigt, wie gut es uns gelingt, die Aufgaben des Landkreises zu erfüllen, ohne die kommunale Familie zu überfordern.

Ein Blick zurück ist aufschlussreich, denn er zeigt: Eine **stabile und möglichst maßvolle Kreisumlage war für die CDU immer ein zentrales Ziel. Sie war es in der Vergangenheit, sie ist es heute – und sie wird es auch künftig bleiben**.

Die politische Bilanz ist eindeutig: In den vergangenen Jahren waren es die CDU und die Freien Wähler, die mit konkreten Anträgen sogar eine Reduzierung der Kreisumlage erreichen wollten. Andere Fraktionen haben dagegen nicht selten höhere Hebesätze ins Spiel gebracht.

Noch deutlicher wird der Unterschied beim Blick auf das vergangene Jahr: Wären letztes Jahr die Vorstellungen von SPD und Grünen umgesetzt worden, müssten wir heute über eine Kreisumlage von mehr als 45 Prozent sprechen. Doch davon will heute niemand mehr etwas wissen.

Für uns als CDU ist deshalb klar: Die Kreisumlage darf nicht zur alleinigen Antwort auf jedes Haushaltsproblem werden. Sie ist ein notwendiges Finanzierungsinstrument, aber kein vollständiger Ersatz für politische Entscheidungen und für strukturelle Reformen. Wir wollen den **Göppinger Weg** fortsetzen – nicht als einmalige Sparrunde,

nicht als kurzfristige Reaktion auf eine angespannte Haushaltslage, sondern als **dauerhaften Kurs für einen handlungsfähigen und zukunftsfesten Landkreis**.

Dafür braucht es aus unserer Sicht drei Schritte:

Erstens: Einfordern. Bund und Land müssen ihrer finanziellen Verantwortung gerecht werden. Wer Aufgaben gesetzlich vorgibt, muss sie auch auskömmlich finanzieren. Es kann nicht dauerhaft funktionieren, dass Bund und Land Leistungen beschließen und die Landkreise am Ende die Rechnung bezahlen. Wir werden deshalb nicht nachlassen, eine faire und verlässliche Finanzierung einzufordern.

Zweitens: Selber handeln. Wir dürfen nicht darauf warten, dass andere unsere Probleme lösen. Wir müssen unsere eigenen Strukturen überprüfen, Standards hinterfragen, Prioritäten neu setzen und dort konsequent verändern, wo es notwendig ist. Das wird nicht immer bequem und auch nicht nett sein. Aber **politische Verantwortung zeigt sich gerade dann, wenn Entscheidungen schwierig werden**. Wir müssen den Mut haben, Dinge anders zu machen – und auch Bewährtes auf den Prüfstand zu stellen, wenn es dauerhaft nicht mehr finanzierbar ist.

Drittens: Gemeinsam gestalten. Ein solcher Veränderungsprozess kann nicht allein im Landratsamt oder im Kreistag gelingen. Wir brauchen die Bereitschaft der gesamten kommunalen Familie, diesen Weg mitzugehen. Die Städte und Gemeinden müssen eingebunden sein. Und wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern offen erklären, warum Veränderungen notwendig sind und was wir damit erreichen wollen. Es geht nicht darum, Leistungen leichtfertig infrage zu stellen. Es geht darum, das Machbare dauerhaft zu sichern und die Handlungsfähigkeit unseres Landkreises zu erhalten.

Einfordern, was uns zusteht. Selber verändern, was wir verändern können. Und gemeinsam tragen, was notwendig ist.

Das ist für uns der Göppinger Weg. Und das ist der Anspruch, mit dem wir Verantwortung übernehmen.

Die Krise ist größer als wir – unsere Verantwortung bleibt

Die unbequeme Wahrheit lautet: **Mit Sparen allein kommen wir aus dieser Krise nicht mehr heraus. Mit immer höheren Umlagen aber genauso wenig.**

Wir befinden uns in einer äußerst schwierigen Lage: Von oben – von Bund und Land – werden wir reglementiert und finanziell gedeckelt und von unten – aus unseren Städten und Gemeinden – wächst der Druck. Die Kritik an der vorgeschlagenen Höhe der Kreisumlage ist verständlich. Ihre Schärfe ist allerdings teilweise mehr als bemerkenswert – und nicht jede Kritik ist in ihrer Zuspitzung angemessen.

Deshalb will ich die Position der CDU-Fraktion zur Kreisumlage, die wir auch in unseren Gesprächen mit Bürgermeistern und Gemeinderäten dargelegt haben, klar und unmissverständlich formulieren:

Die Kreisumlage ist zu hoch. Sie muss runter. Und sie wird runtergehen!

Wir wollen die Kreisumlage begrenzen – auf belastbarer Grundlage!

Das ist für uns keine wohlklingende politische Absichtserklärung, sondern ein konkreter Anspruch.

Seit Mittwoch steht eine Reduzierung um einen Prozentpunkt fest. Das ist ein wichtiger erster Schritt.

Über weitere Entlastungen entscheiden wir, sobald die Grundlagen belastbar vorliegen. Dazu gehören die Auswirkungen der jüngsten Steuerschätzung ebenso wie Mittel aus Entlastungspaketen und -Entlastungsmaßnahmen und selbstverständlich auch die Anträge, die heute von den Fraktionen gestellt werden.

Die daraus resultierenden Verbesserungen müssen zur Reduzierung der Kreisumlage eingesetzt werden. Bei den Zahlen von Bund und Land sind dabei nicht die Gesamtsummen entscheidend, die öffentlich genannt werden.

Die jüngste Steuerschätzung zeigt Bewegung bei den Einnahmeerwartungen: Baden-Württemberg kann für 2027 mit zusätzlichen Steuereinnahmen von 336 Millionen Euro rechnen. Das ist eine positive Entwicklung. Aber wir wissen aus Erfahrung leider

auch: Was beim Land zusätzlich in die Kasse kommt, landet nicht automatisch bei den Kommunen und beim Landkreis.

Entscheidend ist, welcher Betrag tatsächlich beim Landkreis Göppingen ankommt, welche Ausgaben er entlastet und ob die Wirkung dauerhaft ist.

Wir dürfen den Kreishaushalt nicht auf Annahmen aufbauen, die sich später als zu optimistisch erweisen.

Unsere Städte und Gemeinden brauchen Entlastung. Sie brauchen aber ebenso Verlässlichkeit. Eine heute zu niedrig angesetzte Umlage hilft ihnen wenig, wenn daraus morgen umso größere Belastungen entstehen.

Deshalb nennen und versprechen wir heute keine Zahl, die momentan noch niemand seriös berechnen kann. Wir versprechen jedoch, jeden belastbaren Spielraum voll auszuschöpfen.

Bei aller eigenen Verantwortung bleibt eine Grenze: Wir können auf Kreisebene nicht dauerhaft ausgleichen, was von oben strukturell unterfinanziert ist.

Bund und Land müssen dazu ihren Teil leisten – und zwar deutlich mehr als bisher!

Wer Leistungen gesetzlich vorgibt und Standards festlegt, muss auch die finanziellen Folgen im Blick behalten. Bund und Land dürfen die kommunale Ebene mit diesen Folgen nicht alleinlassen.

Wir erwarten deshalb eine Finanzierung, die sich an den tatsächlichen Aufgaben und ihrer Kostenentwicklung orientiert. Kurzfristige Hilfen verschaffen lediglich Zeit. Eine dauerhaft tragfähige Finanzierung ersetzen sie nicht.

Diese Forderung ist notwendig. Sie entbindet uns aber nicht von der eigenen Arbeit.

Wir dürfen weder so tun, als könnten wir die Krise allein lösen, noch so handeln, als könnten wir selbst nichts verändern.

Das ist der Anspruch des Göppinger Weges: Unterstützung einfordern, die eigenen Handlungsspielräume konsequent nutzen und notwendige Entscheidungen gemeinsam tragen.

Unser Dilemma dabei ist: Wir brauchen eine Kreisumlage, die unsere Städte und Gemeinden nicht überfordert und ihre Handlungsfähigkeit erhält – die auch die Handlungsfähigkeit des Landkreises erhält und zugleich aber verhindert, dass sich der Landkreis weiter verschuldet. Denn auch das ist klar: Wir haben keine Rücklagen mehr. Und weitere Schulden können wir uns schlicht nicht leisten.

Bei aller berechtigten und notwendigen Kritik an Bund und Land müssen wir auch **selbstkritisch** sein. Denn nicht alles, was den Landkreis heute finanziell belastet, wurde uns von außen auferlegt. Der Kreistag hat zu oft Ja gesagt – zu zusätzlichen Maßnahmen, neuen Leistungen und höheren Standards, ohne die langfristigen finanziellen Folgen konsequent genug zu berücksichtigen.

Zu lange wurde auch davon ausgegangen, finanzielle Spielräume durch Rücklagenentnahmen schaffen zu können. **Über 75 Millionen Euro in nur fünf Jahren** – das ist eine Größenordnung, die uns zu denken geben muss.

Wir müssen die Lehren aus der Vergangenheit ziehen. Wir müssen öfter Nein sagen. **Nicht alles, was gut und wünschenswert ist, ist auch dauerhaft finanzierbar.**

Die CDU-Fraktion stellt **zwölf Anträge zum Kreishaushalt 2027**.

Bei unseren Anträgen ist uns eines wichtig: Wir bitten die anderen Fraktionen nicht nur um Unterstützung – wir erwarten sie auch. Denn es geht nicht um parteipolitische Profilierung, sondern um die finanzielle Handlungsfähigkeit unseres Landkreises und unserer Städte und Gemeinden.

Dabei verschweigen wir nicht: Nicht jeder unserer zwölf Anträge wird bereits im kommenden Jahr unmittelbar zu Einsparungen führen. Aber jeder einzelne verfolgt ein klares Ziel: Strukturen verbessern, Handlungsspielräume und Entlastungen erschließen und die Zukunftsfähigkeit unseres Landkreises sichern.

Unsere Anträge - für Transparenz, strukturelle Veränderungen, neue Konzepte und vor allem für nachhaltige finanzielle Wirkung

Ich komme nun zu unseren **12 Anträgen** für Transparenz, strukturelle Veränderungen, neue Konzepte und vor allem für nachhaltige finanzielle Wirkung.

Die vollständigen Antragsformulierungen mit Zielsetzungen sind in dem schriftlichen Redemanuskript nachzulesen.

Erstens wollen wir **Transparenz über geförderte Stellen und freiwillige Leistungen.**

Bei allen Stellen, die ganz oder teilweise durch Bundes- oder Landesmittel finanziert werden, muss klar ersichtlich sein, welchen Eigenanteil der Landkreis trägt, welche Verpflichtungen und Bindungen damit verbunden sind und welche finanziellen Folgen eine Veränderung hätte. Ebenso brauchen wir eine transparente Übersicht über die Stellen, mit denen freiwillige Leistungen erbracht werden.

Denn eine Förderung allein macht eine Aufgabe noch nicht dauerhaft finanzierbar. Umgekehrt darf ein Stellenabbau nicht dazu führen, dass Fördermittel zurückgezahlt werden müssen oder an anderer Stelle höhere Kosten entstehen. Wir wollen eine vollständige und ehrliche Kostenbetrachtung.

Zweitens brauchen wir einen aktuellen Sachstandsbericht zum **Breitbandausbau**.

Wo stehen wir? Wo bestehen Versorgungslücken? Was verzögert den Ausbau? Und welche Schritte können ihn tatsächlich beschleunigen?

Es geht um eine belastbare Grundlage für das weitere Vorgehen.

Drittens beantragen wir eine **Digitalisierungs- und KI-Strategie**.

Digitalisierung muss Abläufe vereinfachen, Bearbeitungszeiten verkürzen und Beschäftigte von vermeidbarer Routine entlasten. Dafür brauchen wir Prioritäten, einen Zeitplan sowie nachvollziehbare Kosten und Nutzen.

Datenschutz, Informationssicherheit und digitale Souveränität gehören dazu. Ebenso die Frage, welche Lösungen wir gemeinsam mit unseren Städten und Gemeinden nutzen können.

Die angekündigte Einführung eines digitalen Energiemanagements unterstützen wir ausdrücklich.

Viertens wollen wir die **Tourismuskonzeption aus dem Jahr 2012 aktualisieren und neu aufstellen.**

Unser Landkreis hat touristische Stärken. Wir brauchen klare Schwerpunkte, eine enge Zusammenarbeit mit Kommunen und privaten Anbietern sowie einen realistischen Umsetzungs- und Finanzierungsplan. Maßstab ist der erkennbare Nutzen für den Landkreis und die regionale Wertschöpfung.

Fünftens wollen wir die **Wirtschaftsförderung strategisch und organisatorisch weiterentwickeln**.

Unternehmen, Gründerinnen und Gründer sowie unsere Städte und Gemeinden brauchen klare Ansprechpartner und abgestimmte Verfahren.

Deshalb soll geprüft werden, wie Kreiswirtschaftsförderung und WIF unter einheitlicher Leitung zusammengeführt werden können.

Zudem wollen wir die verwaltungsinterne Zusammenarbeit bei Standort- und Ansiedlungsfragen verbessern. Fachliche Anforderungen sollen frühzeitig zusammengeführt und Verfahren verlässlich koordiniert werden. Die kommunale Planungshoheit bleibt dabei unangetastet.

Sechstens beantragen wir ein **kreisweites Leerstandsmanagement für Gewerbeflächen.**

Bevor neue Flächen entwickelt werden, müssen bestehende Möglichkeiten besser bekannt und nutzbar sein. Ein gemeinsamer Überblick hilft, Leerstände zu vermitteln und Gewerbebrachen zu reaktivieren.

Dazu gehört auch, die Kosten des Instruments und seinen tatsächlichen Erfolg regelmäßig zu überprüfen.

Wir wollen interkommunale Gewerbegebiete als vorrangiges Instrument einer flächensparenden Gewerbeflächenpolitik stärken.

Siebtens wollen wir die **automatische Fahrgastzählung (AFZS-Konzept des VVS) zügig voranbringen**.

Wer über Busangebote entscheidet, braucht verlässliche Daten: über Auslastung, Tageszeiten, Anschlüsse und tatsächliche Nachfrage.

Wir wollen die tatsächliche Nachfrage besser erfassen und den ÖPNV konsequenter daran ausrichten. Weniger Leerfahrten, bessere Angebote und mehr Wirtschaftlichkeit müssen zusammengehen.

Achtens verlangen wir **Transparenz und eine Überprüfung der regionalen Verkehrsfinanzierung**.

Wir wollen, dass sich der Landkreis beim Land für eine **grundlegende Reform und Konsolidierung der Verkehrsverbundlandschaft** einsetzt. Die heutige Struktur des VVS muss auf Effizienz, Zuständigkeiten und Wirtschaftlichkeit überprüft werden. Die Verbundfinanzierung und die VRS-Verkehrsumlage sind so weiterzuentwickeln, dass der Landkreis Göppingen nur im Verhältnis seines tatsächlichen Nutzens beteiligt wird. Investitionen in S-Bahn-Fahrzeuge, Infrastruktur und Betriebsleistungen, die ausschließlich anderen Teilen der Region zugutekommen, dürfen nicht pauschal zulasten des Landkreises finanziert werden. Bis zu einer endgültigen S-Bahn-Erschließung bis Geislingen ist eine entsprechend reduzierte VVS-Finanzierungsbeteiligung des Landkreises durchzusetzen.

Wir müssen nachvollziehen können, wofür der Landkreis zahlt: für Tarifintegration und Verbundorganisation, für Verkehrsleistungen oder für Infrastruktur und regionale Schienenangebote.

Auf dieser Grundlage wollen wir prüfen lassen, ob die Belastungen des Landkreises seinem tatsächlichen Nutzen angemessen Rechnung tragen und welche Änderungen rechtlich und vertraglich möglich sind.

Wir brauchen belastbare Vorschläge, mit denen wir gegenüber dem Land und unseren regionalen Partnern auftreten können.

Neuntens wollen wir im Bereich **Jugend- und Sozialhilfe Wirtschaftlichkeit und Effizienz stärken**. Wir beantragen eine systematische Überprüfung der Ausgaben, Standards und Leistungen auf Wirtschaftlichkeit und Einsparpotenziale. Unser Ziel ist, ein rechtlich vertretbares und dauerhaft wirksames Konsolidierungspotenzial von mindestens **drei Millionen Euro** zu identifizieren. Dabei geht es ausdrücklich nicht darum, notwendige Leistungen infrage zu stellen, sondern darum, Wirtschaftlichkeit und Standards kritisch zu überprüfen.

Im Mittelpunkt stehen wirtschaftlichere Formen der Leistungserbringung, wirksame Prävention, die Prüfung von Entgelten und Abrechnungen sowie die konsequente Geltendmachung von Erstattungsansprüchen.

Individuelle Bedarfe und notwendige Leistungen bleiben der Maßstab. Auswirkungen auf Qualität, Wartezeiten und Folgekosten müssen offengelegt werden.

Zehntens wollen wir beim ÖPNV, bei den **Zubringerverkehren zu den MEX-Linien,** wissen, ob Angebot, tatsächliche Nachfrage und Kosten in einem angemessenen Verhältnis stehen. Hier setzen wir das Ziel, ein nachhaltiges Konsolidierungspotenzial von mindestens **zwei Millionen Euro** zu identifizieren.

Dabei geht es um Parallelverkehre, Linienführungen, Taktungen und Anschlüsse. Ziel ist ein bedarfsgerechtes Angebot mit einem wirtschaftlichen Mitteleinsatz.

Elftens wollen wir **Beschaffung, Sach- und Betriebskosten** sowie weitere beeinflussbare Verwaltungsaufwendungen systematisch auf Einspar- und Effizienzpotenziale untersuchen. Hier liegt unser Ziel bei mindestens **einer Million Euro** – selbstverständlich unter Wahrung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung und der notwendigen Qualitäts- und Sicherheitsstandards.

Zwölftens richten wir einen **eindringlichen Appell an den Aufsichtsrat des ALB FILS KLINIKUMS**.

Wir begrüßen und unterstützen das Zukunftsprogramm 2030. Doch leider bleibt auch damit das Defizit immer noch zu hoch. Wir erwarten daher weitere konkrete

Maßnahmen zur Verbesserung des Betriebsergebnisses und zur Verringerung des Defizits mit einer Zielgröße von 5 Millionen.
Dafür brauchen wir klare Verantwortlichkeiten, einen realistischen Zeitplan und überprüfbare Ergebnisse. Medizinische und pflegerische Versorgungsqualität sowie Patientensicherheit müssen gewahrt bleiben.

Gemeinsam mit den Freien Wählern und der FDP haben **wir bereits im September zwei Anträge** gestellt. Wir haben eine lückenlose Auflistung aller gesetzlich verpflichtenden Aufgaben beantragt. Wir wollen schwarz auf weiß sehen: Was kosten uns diese Leistungen konkret – und welchen Anteil davon übernehmen Bund und Land tatsächlich? Das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt" muss endlich transparent dargestellt werden.
Und wir wollen **Potenziale der interkommunalen Zusammenarbeit** nutzen. Die Verwaltung wird aufgefordert, gemeinsam mit unseren Nachbarkreisen konkrete Möglichkeiten einer verstärkten Kooperation zu prüfen.
Außerdem unterstützen wir die Verwaltung ausdrücklich in der bereits begonnenen **Aufgaben- und Standardüberprüfung**. Um unsere finanzielle Handlungsfähigkeit langfristig zu sichern, tragen die drei Fraktionen es vollumfänglich mit, bestehende Angebote konsequent auf den gesetzlich zulässigen Mindeststandard zurückzuführen.

Die Suche nach einem **Standort für die Entsorgung belasteten Bodenaushubs und mineralischer Abfälle** beschäftigt die Menschen, besonders in Heiningen, Eschenbach und Göppingen. Wir nehmen die Sorgen vor Ort ernst. Gemeinsam mit Freien Wählern und FDP haben wir deshalb beantragt, Vertreter der Region Stuttgart in den Umwelt- und Verkehrsausschuss einzuladen. Wir wollen das Gutachten, die Bewertungskriterien und die nächsten Verfahrensschritte nachvollziehen können. Für

uns ist klar: Die betroffenen Kommunen und die Öffentlichkeit müssen umfangreich und verständlich informiert werden

Meine Damen und Herren,

wenn man diese Anträge in ihrer Gesamtheit betrachtet, wird deutlich, worum es uns geht: Wir wollen **Transparenz**, damit wir wissen, worüber wir entscheiden.

Wir wollen S**trukturveränderungen**, damit wir künftig effizienter und zielgerichteter arbeiten.

Wir wollen **neue und weiterentwickelte Konzepte**, damit der Landkreis auch in Zukunft leistungsfähig bleibt.

Und wir wollen **konkrete haushaltswirksame Maßnahmen**, damit sich unsere Entscheidungen auch finanziell bemerkbar machen.

Nicht alles, was wir beantragen, bringt morgen schon eine Einsparung.

Aber alles, was wir beantragen, leistet einen erkennbaren Beitrag zur Verbesserung unseres Landkreises.

Unsere Ziele sind ambitioniert, aber bewusst so gesetzt, dass sie zeitnah und konkret umgesetzt werden können. Noch besser wäre es – und darüber würden wir uns alle freuen –, wenn wir gemeinsam mehr erreichen. Mit unserer engagierten und leistungsfähigen Verwaltung und einem entschlossen handelnden Kreistag ist das durchaus realistisch.

Landkreis Göppingen heute und morgen – selbstbewusst nach vorne schauen

Bei allen finanziellen Herausforderungen, bei allem Konsolidierungsbedarf und bei allen notwendigen Veränderungen dürfen wir eines nicht vergessen: **Unser Landkreis hat viel zu bieten.**

Lassen Sie mich deshalb in einigen Schlaglichtern, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, den Blick auf unseren Landkreis heute und morgen richten.

Der Landkreis Göppingen hat einen eigenen Weg gefunden. Der sogenannte **„Göppinger Weg“** wird inzwischen auch überregional anerkennend zur Kenntnis genommen und findet teilweise Nachahmer. Das zeigt: Wir sind nicht nur Zuschauer, wenn es um neue Ideen und Lösungen geht. Wir können selbst Impulse setzen. Wir haben einen Kurs eingeschlagen, der zielführend ist und den es weiterzuentwickeln gilt.

Ein besonderes Aushängeschild ist unser Bildungsbereich. Der Landkreis hat sich zu einem echten Vorzeigelandkreis entwickelt. Unsere Investitionen in die Bildungsinfrastruktur, unsere Schulgebäude und die zahlreichen Neubau- und Modernisierungsmaßnahmen zeigen: Wir nehmen die Verantwortung für gute Bildungs- und Zukunftschancen ernst.

Markenzeichen des Landkreises sind: erfolgreiche Unternehmen, die für Innovationskraft, Kompetenz und unternehmerischen Mut stehen; Frisch Auf! als sportliches Aushängeschild mit großer Tradition; der Hohenstaufen als weithin sichtbares Symbol unserer Geschichte und Identität; die Staufer als Namensgeber und prägende Kraft unserer Region; engagierte Menschen und nicht zuletzt eine einzigartige Landschaft mit den Löwenpfaden, die Menschen aus nah und fern begeistert.

Unser Landkreis ist für mehr als 255.000 Menschen Heimat. Landkreis und die 38 Städte und Gemeinden leben von den Unternehmen, den Schulen, den Vereinen, der Landschaft und vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger.

Diese Stärken müssen wir erhalten.

GP steht für gelebte Partnerschaft, steht für gemeinsames Potenzial.

Das Geschaffene und das bisher Erreichte sind keine Selbstläufer. Es ist das Ergebnis von Engagement, Zusammenarbeit und richtigen Entscheidungen.

Neue Kraft geben uns dabei die Verkehrsadern. Dass sich gemeinsame jahrzehntelange Anstrengungen lohnen, zeigt unser unermüdlicher und nie

nachlassender Einsatz für A8 (im nächsten Jahr beginnen die Bauarbeiten) und B10 (Planfeststellungsverfahren beginnt).

Und genauso tatkräftig müssen wir weitermachen.

Dabei müssen wir verantwortungsvoll mit den finanziellen Möglichkeiten umgehen, die uns zur Verfügung stehen.

Denn eines darf nicht passieren: **Wir dürfen die Herausforderungen von heute nicht auf die kommenden Generationen abwälzen.** Es wäre nicht verantwortungsvoll, notwendige Veränderungen aufzuschieben und unseren Kindern und Enkeln dafür die Rechnung zu hinterlassen. Dies betonen auch die 5 Wirtschaftsweisen, die eindringlich „vor aus dem Ruder laufenden Schulden" warnen.

Wir müssen heute die richtigen Entscheidungen treffen, damit auch morgen ein leistungsfähiger, lebenswerter und starker Landkreis Göppingen möglich bleibt.

Unser Ziel ist nicht, den Landkreis kleiner zu machen. Unser Ziel ist, ihn stark zu halten – finanziell, wirtschaftlich, sozial und gesellschaftlich.

Die Geislinger Steige – gemeinsam nach oben

Herr Landrat,

Sie haben Ihre Haushaltsrede mit der Weiler Steige begonnen. Ich möchte meine mit einer anderen Steige beenden: mit der Geislinger Steige.

Sie ist ein Wahrzeichen unserer Region. Sie steht für etwas, das ganz gut zu unserer heutigen Situation passt: eine anspruchsvolle Strecke, eine ordentliche Steigung, Widerstände und die Notwendigkeit, zusätzliche Kraft aufzubringen, um voranzukommen.

Die finanzielle Lage unseres Landkreises ist eine solche Steigung. Wir haben eine anspruchsvolle Strecke vor uns. Es wird nicht alles von alleine laufen. Wir werden Widerstände überwinden, Prioritäten setzen und zusätzliche Kraft aufbringen müssen.

Dafür braucht es eine starke Zug-Lokomotive und eine starke Schub-Lokomotive. Eine, die den Zug zieht, die Richtung vorgibt und Kurs hält. Und eine, noch besser mehrere, die zusätzliche Kraft und Rückhalt geben.

Das gelingt nur, wenn alle an einem Strang ziehen: Landrat, Verwaltung und Kreistag. Und nicht zu vergessen: Bund und Land sowie die große kommunale Familie. **Unterschiedliche Rollen, unterschiedliche Aufgaben – aber ein gemeinsames Ziel.**

Die CDU-Fraktion wird dabei nicht nur mitfahren. Wir werden antreiben, mitgestalten und Motor sein.

Denn unser Anspruch lässt sich auf zwei kurze Formeln bringen:

GP heißt: Gemeinsam Prioritäten setzen. Gemeinsam Perspektiven schaffen.

Und damit schließt sich auch der Kreis zu meinem Einstieg.

Freitag, der 13., und gleichzeitig Weltnettigkeitstag.

Ich hatte gesagt: **Nett im Umgang – klar in der Sache.**

Das gilt auch für die steile Strecke, die vor uns liegt. Wir müssen uns nicht gegenseitig das Leben schwer machen. Aber wir dürfen es uns auch nicht zu einfach machen. Wir brauchen einen fairen Umgang miteinander, klare Entscheidungen und vor allem die **Bereitschaft, gemeinsam anzupacken**.

Vielleicht ist das die wichtigste Botschaft für unseren Landkreis: Es wird nicht jede Strecke eben sein. Aber mit der richtigen Richtung, mit ausreichend Kraft und mit einem **gemeinsamen Willen** kommen wir auch über anspruchsvolle Steigungen.

Bevor wir in die Beratungen einsteigen, sage ich namens der CDU-Fraktion ein großes Danke.

Mein Dank gilt **allen**, die sich im und für unseren Landkreis tagtäglich engagieren, Verantwortung übernehmen und mit viel Tatkraft und Erfolg für unseren Landkreis arbeiten – und das sind erfreulicherweise sehr viele!

Namentlich danke ich Ihnen, Herr Landrat Möller, sowie unseren 5 Dezernenten, Herrn Heinz, Herrn Haas, Herrn Lehnert, Herrn Gottwald und Herrn Kraft.

In diesen Dank schließe ich ausdrücklich **alle** Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes und seiner Dienststellen, des Alb-Fils-Klinikums, unserer Schulen und des AWB ein. **Sie alle leisten einen wichtigen Beitrag dafür, dass unser Landkreis funktioniert und sich weiterentwickelt**.

Ganz besonders herzlich danke ich meiner Fraktion – für das freundschaftliche Miteinander, das gegenseitige Vertrauen und die auch in schwierigen Zeiten ausgesprochen gute Zusammenarbeit.

Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

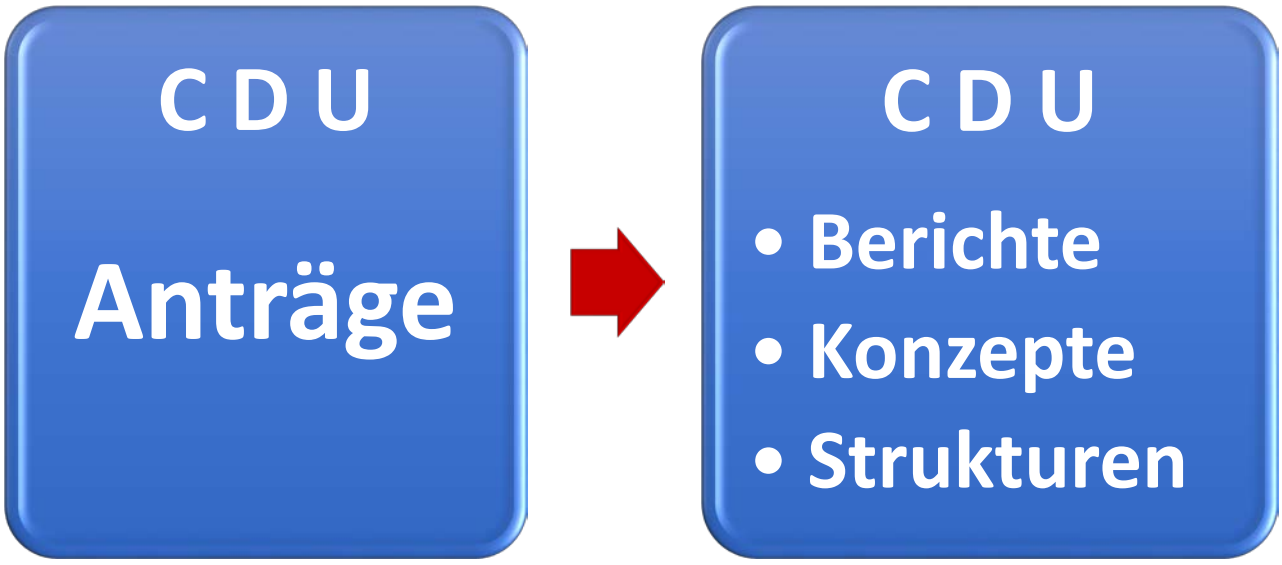
Ich wünsche uns gute, sachliche, konstruktive und ergebnisorientierte Beratungen – mit Respekt im Umgang, Klarheit in der Sache und vor allem mit dem gemeinsamen Ziel, unseren Landkreis Göppingen voranzubringen.

Damit wir, oben angekommen, miteinander feststellen können:

Wir haben die Steigung angenommen, die Herausforderungen bewältigt und gemeinsam den richtigen Weg in die Zukunft eingeschlagen.

Wolfgang Rapp

13. November 2026



A Einsparpotenziale bei teilweise geförderten Stellen erschließen

01:

Die Landkreisverwaltung wird beauftragt, dem Kreistag eine vollständige Übersicht aller ganz oder teilweise durch Bundes- oder Landesmittel finanzierten Stellen vorzulegen. Diese Übersicht soll explizit ausweisen, bei welchen Stellen ein Wegfall ohne Rückzahlungsverpflichtung bereits erhaltener Fördermittel möglich ist.

Ziel ist es, konkrete, dauerhaft wirksame Einsparpotenziale zur Haushaltskonsolidierung zu identifizieren, wobei gesetzliche Pflichtaufgaben und bestehende rechtliche Verpflichtungen zu berücksichtigen sind.

Transparenz bei Freiwilligkeitsleistungen

Zudem ist eine Darstellung all derjenigen Stellen vorzulegen, über die die Freiwilligkeitsleistungen im Landkreis erbracht werden

A Breitbandausbau im Landkreis Göppingen – Sachstandsbericht und strategische Neuausrichtung

02:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Kreistag einen aktuellen Sachstandsbericht zum Breitbandausbau im Landkreis Göppingen vorzulegen. Dabei sollen insbesondere folgende Punkte dargestellt werden:

1. **Stand des Ausbaus:** Aktueller Ausbaufortschritt in den Städten und Gemeinden, erreichte Versorgungsquoten sowie noch bestehende Versorgungslücken.
2. **Herausforderungen:** Verzögerungen, Kostenentwicklung, Fördermittel, Zuständigkeiten und organisatorische bzw. technische Hindernisse.

3. **Perspektiven und Handlungsbedarf:** Welche Maßnahmen sind erforderlich, um den Ausbau zu beschleunigen und bislang unterversorgte Gebiete zeitnah anzuschließen?
4. **Strategische Neuausrichtung:** Welche Anpassungen der bisherigen Ausbau- und Umsetzungsstrategie sind notwendig, um den Breitbandausbau effizienter, wirtschaftlicher und zielgerichteter voranzubringen?

Ziel ist es, eine realistische Bestandsaufnahme zu erhalten, bestehende Hemmnisse zu identifizieren und auf dieser Grundlage eine zukunftsfähige Strategie für einen flächendeckenden und leistungsfähigen Breitbandausbau im Landkreis Göppingen zu entwickeln.

A Digitalisierungs- und KI-Strategie

03:

Die Landkreisverwaltung wird beauftragt, eine Digitalisierungs- und KI-Strategie zu erstellen, die auch auf aktuelle Maßnahmen und Handlungsbedarfe des Sicherheitskonzepts eingeht.
Die D-KI-Strategie enthält Prioritäten, einen Zeitplan, die erwarteten Kosten und den erwarteten Nutzen (Einsparungen, Bearbeitungszeiten, Bürgerservice, Personaleinsparung) sowie Aussagen zu Datenschutz, Informationssicherheit und digitaler Souveränität.
Wir begrüßen und unterstützen die Aussage des Landrats, ein digitales Energiemanagement einzuführen.
Der Digitalisierungsbericht über den aktuellen Stand sowie über die erzielten Einsparungen und Effizienzgewinne soll jährlich im VA abgegeben werden.
Wir regen an, gemeinsam mit den Städten und Gemeinden zu prüfen, welche IT-Lösungen, Plattformen und Schnittstellen zur Sicherheit und zur Kostenminimierung gemeinsam genutzt werden können.

A Fortschreibung der Tourismuskonzeption für den Landkreis Göppingen

04:

Die Landkreisverwaltung wird beauftragt, die Tourismuskonzeption des Landkreises Göppingen (aktueller Stand 2012) unter Berücksichtigung aktueller Rahmenbedingungen fortzuschreiben und dem Kreistag zur Beratung vorzulegen.
Ziel ist es, die touristischen Potenziale nachhaltig weiterzuentwickeln und eine zukunftsfähige Grundlage für die touristische Ausrichtung und die

Zusammenarbeit im Landkreis unter Beachtung der finanziellen Möglichkeiten des Landkreises zu schaffen.
Die Fortschreibung soll insbesondere folgende Aspekte beinhalten:

- **Positionierung als Wirtschaftsfaktor:** Klares Bekenntnis zum Tourismus als Standortfaktor für Lebensqualität, regionale Identität und Wertschöpfung.
- **Strategische Ausrichtung:** Definition von touristischen Schwerpunkten, Zielgruppen und Alleinstellungsmerkmalen des Landkreises.
- **Regionale Kooperation:** Enge Einbindung der Städte, Gemeinden, touristischen Organisationen und privaten Leistungsträger.
- **Vermarktung und Vernetzung:** Stärkung gemeinsamer Angebote, digitaler Präsenz und einer abgestimmten touristischen Außendarstellung.
- **Wirtschaftliche Effekte:** Ausrichtung auf messbare Wertschöpfung für Gastronomie, Beherbergung, Einzelhandel und Freizeitwirtschaft.
- **Umsetzungs- und Finanzierungsplan:** Erarbeitung konkreter Maßnahmen inklusive Priorisierung, Zuständigkeiten, Zeitplan und Ressourcenbedarf.

A 05: Wirtschaftsförderung im Landkreis Göppingen neu aufstellen – strategisch und strukturell weiterentwickeln

1. Grundsatz

Der Kreistag bekennt sich zur Entwicklung interkommunaler Gewerbegebiete als vorrangigem Instrument einer flächensparenden und leistungsfähigen Gewerbeflächenpolitik im Landkreis Göppingen. Er bekennt sich ferner zu einer aktiven Kreiswirtschaftsförderung mit drei Aufgaben:

- Städte und Gemeinden, Unternehmen sowie Gründerinnen und Gründer konkret unterstützen,
- Verfahren im Landratsamt bündeln und beschleunigen,
- den Standort nach außen vertreten.

Die Planungshoheit der Städte und Gemeinden bleibt unberührt. Der Landkreis unterstützt bei einer Gewerbeflächenentwicklung, bei der die Städte und Gemeinden ihr Planungsrecht verantwortlich ausüben. Bei Interessenten von außerhalb des Landkreises weist der Landkreis auf freie Flächen hin.

2. Zusammenführung der Strukturen

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie zwei bestehende Einheiten organisatorisch zu einer Einheit unter einheitlicher Leitung zusammengeführt werden können:

- die beim Landratsamt angesiedelte Kreiswirtschaftsförderung, die in Kooperation mit der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH (WRS) getragen wird,
- die WIF – Wirtschafts- und Innovationsförderungsgesellschaft für den Landkreis Göppingen mbH.

3. Verwaltungsinterne Task Force „Standort und Ansiedlung“

Die strategische Ausrichtung der Wirtschaftsförderung wird zur Steuerung einer verwaltungsinternen Task Force weiterentwickelt. Ziel ist, Städten und Gemeinden, Unternehmen sowie Gründerinnen und Gründern unkomplizierte und intern abgestimmte Unterstützung aus einer Hand zu bieten. Die Federführung liegt bei der zusammengeführten Wirtschaftsförderung als zentraler Anlaufstelle. Die Task Force wird in drei Handlungsfeldern tätig:

- **Ausweisung und Entwicklung von Gewerbegebieten:** Die Kommunen werden vor und während der Bauleitplanverfahren frühzeitig beraten. Naturschutzrechtliche, wasserrechtliche, verkehrliche und regionalplanerische Belange werden gebündelt abgestimmt, auch bei Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.

A 06: Aufbau eines kreisweiten Gewerbeflächenleerstandsmanagement zur Reaktivierung von Gewerbebrachen

1. **Aufbau des Katasters und Flächenaktivierung**

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises wird beauftragt, in enger Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden ein kreisweites Gewerbeflächenleerstandskataster aufzubauen. Das Kataster dient als strategisches Instrument zur gezielten Flächenaktivierung, zur Unterstützung bei Sanierungs- und Revitalisierungsmaßnahmen, zur Akquise von Fördermitteln sowie zur optimierten Vermittlung von Gewerbeflächen.

2. Berichterstattung und Evaluation

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft berichtet dem VA und dem Kreistag regelmäßig über den Umsetzungsstand. Der Bericht umfasst die Anzahl der erfassten Flächen, laufende Vermittlungsaktivitäten, eingeworbene Fördermittel sowie die Bilanz erfolgreich reaktivierter Gewerbestandorte.

A 07: Bedarfsgerechte ÖPNV-Planung und Stärkung der regionalen Zusammenarbeit

Die Landkreisverwaltung wird beauftragt, das AFZS-Konzept des VVS auch im Landkreis Göppingen wie in den anderen Landkreisen zügig umzusetzen.
Der Start hat im ersten Quartal 2027 zu erfolgen.
Die Umsetzung und Auswertung gliedert sich in folgende Kernbereiche:

- **Kosteneffiziente Datenerhebung:** Durchführung einer bedarfsgerechten Stichprobenerhebung auf den Hauptlinien, in Spitzenzeiten sowie an Knotenpunkten. Erfasst werden Fahrgastzahlen, Auslastungen, Ein- und Ausstiege sowie Umsteigebeziehungen nach Linien, Tagen und Tageszeiten.
- **Datengestützte Angebotsoptimierung:** Zeitnahe Auswertung der Ergebnisse als verbindliche Grundlage für die künftige Fahrplan- und Angebotsplanung.

Zielsetzung: Ausrichtung des ÖPNV an der realen Nachfrage zur Beseitigung von Schwachstellen, Reduzierung von Leerfahrten sowie zur gleichzeitigen Steigerung von Qualität und Wirtschaftlichkeit.

A 08: Weiterentwicklung der VVS-Mitgliedschaft: Verkehrsverbünde stärken, Finanzierung gerecht gestalten

1. Strukturelle Reformen

Die Landkreisverwaltung wird beauftragt, sich gegenüber dem Land Baden-Württemberg für eine grundlegende Reform und Konsolidierung der Verkehrsverbundlandschaft einzusetzen.

2. Neuordnung der VVS-Finanzierungssystematik

Die Landkreisverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Verband Region Stuttgart (VRS), dem VVS, den Verbundlandkreisen und dem Land eine verursachungsgerechte, transparente und kommunal tragbare Finanzierungssystematik einzuleiten. Dabei ist strikt zwischen folgenden Kostenarten zu differenzieren:

- Kosten der Tarifintegration, Verbundorganisation und gemeinsamer Dienstleistungen.
- Kosten für tatsächlich im Landkreis Göppingen erbrachte Verkehrsleistungen.
- Kosten für überörtliche Infrastruktur und den regionalen Schienenverkehr.
- Kosten für Betrieb, Fahrzeuge, Infrastruktur und Ausbau des Stuttgarter S-Bahn-Systems.

3. Keine unangemessene Beteiligung an S-Bahn-Kosten

Die Verbundfinanzierung und die VRS-Verkehrsumlage sind so weiterzuentwickeln, dass der Landkreis Göppingen nur im Verhältnis seines tatsächlichen Nutzens beteiligt wird. Investitionen in S-Bahn-Fahrzeuge, Infrastruktur und Betriebsleistungen, die ausschließlich anderen Teilen der Region zugutekommen, dürfen nicht pauschal zulasten des Landkreises finanziert werden. Bis zu einer endgültigen S-Bahn-Erschließung bis Geislingen ist eine entsprechend reduzierte VVS-Finanzierungsbeteiligung des Landkreises durchzusetzen.

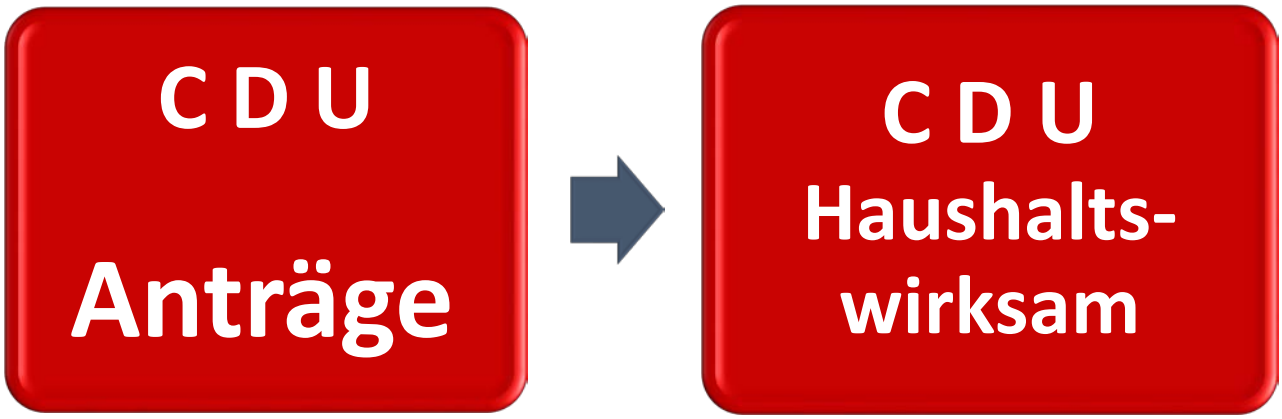
Die Landkreisverwaltung wird beauftragt, die rechtlichen, vertraglichen und finanziellen Möglichkeiten einer entsprechenden Differenzierung der Verkehrsumlage zu prüfen und konkrete Änderungsvorschläge vorzulegen

4. Prüfauftrag, Bericht und politisches Vorgehen

Die Landkreisverwaltung wird beauftragt, dem UVA und dem Kreistag zeitnah einen umfassenden Bericht vorzulegen, der insbesondere folgende Punkte enthält:

- Die Entwicklung der VVS-Finanzbelastungen seit 2021 sowie die genaue Aufschlüsselung der Verkehrsumlage inklusive der S-Bahn-Kosten.
- Die rechtlichen und vertraglichen Möglichkeiten einer veränderten Kostenverteilung bzw. Differenzierung der Verkehrsumlage.

Konkrete Entlastungs- und Änderungsvorschläge sowie einen Fahrplan für das weitere politische Vorgehen gegenüber dem Land und dem Verband Region Stuttgart.



A 09: Wirtschaftlichkeit und Effizienz in der Jugend- und Sozialhilfe stärken – Prüfziel mindestens 3 Mio. Euro

Die Landkreisverwaltung wird beauftragt, die Ausgaben im Bereich Jugend und Soziales systematisch auf Wirtschaftlichkeit, Standards und Einsparpotenziale zu überprüfen.
Ziel ist es, ein nachhaltiges und rechtlich vertretbares Konsolidierungspotenzial von mindestens 3 Millionen Euro zu identifizieren.
Dabei sind insbesondere folgende Maßnahmen zu prüfen und nach finanzieller Wirkung sowie Umsetzungszeitraum aufzuschlüsseln:

- **Kostenintensive Hilfefälle:** Systematische Überprüfung teurer Einzelfälle bezüglich Bedarfs, Hilfeplanung und wirtschaftlicherer Alternativen.
- **Ambulante Hilfen:** Ausbau präventiver und ambulanter Angebote zur Vermeidung oder Verkürzung kostenintensiver stationärer Unterbringungen.
- **Entgelte und Abrechnungen:** Plausibilitäts- und Wirtschaftlichkeitsprüfung von Leistungsvereinbarungen sowie vertragsgemäßer Abrechnungen.
- **Erstattungsansprüche:** Konsequente Geltendmachung aller Kosten- und Regressansprüche gegenüber Dritten (z. B. Krankenkassen, Rentenversicherungen).

Standardreduzierung: Prüfung von Personaleinsparpotenzialen bei der Maßnahmenumsetzung inklusive einer Risikoanalyse zu Wartezeiten und Qualität.

A 10: Wirtschaftlichkeit der Zubringerverkehre zum MEX steigern – Prüfziel mindestens 2 Mio. Euro

Die Landkreisverwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplans die Zubringerverkehre zu den Metropolexpress-Linien (MEX) systematisch auf Wirtschaftlichkeit, tatsächliche Nachfrage und Haushaltskonsolidierung zu überprüfen.
Ziel ist es, den ÖPNV bedarfsgerecht weiterzuentwickeln und dabei ein nachhaltiges Konsolidierungspotenzial von mindestens 2 Millionen Euro zu identifizieren.
Dabei sind insbesondere folgende Aspekte zu untersuchen und auf eine stärkere Bündelung der Busverkehre auf die MEX-Anschlüsse hin zu prüfen:

- **Reduzierung von Parallelverkehren:** Identifizierung und Abbau von Überschneidungen zwischen Bus- und Schienenverkehr sowie zwischen parallelen Buslinien.
- **Bedarfsgerechte Angebotsgestaltung:** Anpassung von Linienführungen, Taktungen und Betriebszeiten an die realen Fahrgastzahlen.
- **Optimierung der Anschlüsse:** Effiziente Abstimmung der Busverkehre auf die MEX-Fahrpläne zur Sicherung attraktiver Umstiege bei minimalem Mitteleinsatz.
- **Wirtschaftlichkeitsvergleich:** Ermittlung der Kosten pro Fahrgast zur datenbasierten Bewertung von Einsparpotenzialen.

A 11: Beschaffung optimieren und Sachkosten senken – Prüfziel mindestens 1 Mio. Euro

Die Landkreisverwaltung wird beauftragt, die Aufwendungen für Beschaffung, Sach- und Betriebskosten sowie weitere beeinflussbare Verwaltungsaufwendungen systematisch auf Einspar- und Effizienzpotenziale zu überprüfen.
Ziel ist es, ein nachhaltiges Konsolidierungspotenzial von mindestens 1 Million Euro unter Sicherstellung der Aufgabenerfüllung, der Funktionsfähigkeit der Verwaltung sowie der notwendigen Qualitäts- und Sicherheitsstandards zu identifizieren.

A Appell an den Aufsichtsrat des ALB FILS KLINIKUMS

12:

Wir begrüßen und unterstützten das Zukunftsprogramm 2030. Doch leider bleibt auch damit das Defizit immer noch zu hoch.
Wir erwarten weitere konkrete Maßnahmen, klare Verantwortlichkeiten und überprüfbare Ergebnisse.
Die äußerst angespannte wirtschaftliche Situation erfordert weitere konsequente Anstrengungen, um die finanzielle Handlungsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit des Klinikums, und damit auch des Landkreiseses, nachhaltig zu sichern.
Der Aufsichtsrat wird deshalb aufgefordert, die Geschäftsführung zu beauftragen, unverzüglich weitere Maßnahmen zur Verbesserung des Betriebsergebnisses und zur Verringerung des Defizits zu erarbeiten und umzusetzen.
Dabei soll eine Ergebnisverbesserung bzw. Defizitminderung in Höhe von **5 Millionen Euro** als verbindliche Zielgröße zugrunde gelegt werden.
Ob dazu eine externe Beratungsfirma hinzuzuziehen ist, darüber entscheidet der Aufsichtsrat. Entscheidend ist, dass messbare und nachhaltige Verbesserungen erzielt werden.
Dabei muss selbstverständlich gelten, dass die notwendigen wirtschaftlichen Verbesserungen nicht zulasten der medizinischen und pflegerischen Versorgungsqualität, der Patientensicherheit und der Zukunftsfähigkeit des Klinikums gehen.